



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/188 - 19. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Finanzquellen der CDU	S. 1
Neuer Schlag gegen Kolonialherrschaft	S. 3
Irma Keilhack, MdB: Zur Preispolitik Bonns	S. 5
Der Fall Strack	S. 7
Zweite Unterbrechung der Moskauer Verhandlungen	S. 8

## Die Millionen garantieren nicht die Macht

W.P. Die Propagandamaschine der CDU/CSU ist jetzt voll angelaufen. Zahlreiche mit Sprechern und Fahrern bemannte Film-Tor-Wagen sind unterwegs. An allen Plakatsäulen der Bundesrepublik prangen gleich mehrere grossflächige Plakate, von denen jedes einzelne für den Anschlag an 4000 westdeutschen Litfassäulen monatlich 1,2 Mill. DM kostet. Zahlreiche Zeitungen, Illustrierte und Rundfunkzeitschriften bringen Anzeigen der CDU, gar nicht zu reden von der ebenfalls der CDU dienenden Inseratenpropaganda der "Waage", die die Wirtschaft finanziert. Ein langer Diesel-Luxus-Sonderzug der Bundesbahn steht für den CDU-Vorsitzenden Adenauer und seine 30 Mitarbeiter, die allerdings grösstenteils aus dem Bundespresseamt entliehen sind, zur Verfügung, um landaus landein Wahlpropaganda für die CDU zu fahren. Über 30 Mill. Exemplare der Wahlillustrierten "Wir alle" und "Um diesen Platz geht es...", im Kupfertiefdruck hergestellt, werden in diesen Wochen zur Verteilung gebracht.

Alles dies verschlingt ungeheure Geldmittel, wie sie keine andere Partei zur Verfügung hat. Keine andere ist demzufolge in der Lage, mit dem Propaganda-Aufwand der CDU auch nur annähernd zu konkurrieren. Eine unabhängige Zeitschrift bezifferte kürzlich die Mittel, die der CDU pro Wähler zur Verfügung stehen auf 4,50 DM, die der SPD dagegen auf 5 Pfennig. Mit wenigstens 35 Mill. DM bezeichneten die Freien Demokraten dieser Tage den Aufwand der CDU nur für die jetzt schon sichtbaren Wahlaktionen!

Woher erhält die CDU/CSU diese die finanziellen Möglichkeiten - 2 -

der anderen Parteien um das Zehnfache übersteigenden Mittel? Der CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Heek hat kürzlich selbst eingestanden, dass seine Partei nur über 250 000 Mitglieder verfügen könne, wobei nicht einmal klar ist, ob diese auch sämtlich Beiträge entrichten. Nach einwandfreien Schätzungen verfügt die CDU über jährlich rd. 1 Mill. DM Beitragseinnahmen, die ausschliesslich bei den Kreisverbänden der Partei zur Aufrechterhaltung der Organisation verbleiben. Daneben erhält die CDU/CSU über das Propagandablättchen "Das Wirtschaftsbild" monatlich rd. 70 000 DM an Bezugsgeldern, welche der Bundesgeschäftsstelle als Finanzierungshilfe dienen sollen. Aber von diesem Aufkommen kann der ungeheure Aufwand des Wahlkampfes nicht bestritten werden.

Wer also beschaffte der CDU/CSU das Geld für diesen Wahlkampf?

Es sind:

Fritz Berg, Präsident des "Bundesverbandes der Deutschen Industrie",  
Dr. Robert Pferdenges, Bankier in Köln, Finanzberater Adenauers,  
Dr. H.C. Paulssen, Präsident der "Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände"  
Dr. h.c. Friedrich Spennrath, Vorsitzender des "Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft",  
Dr. Paul Beyer, Geschäftsführer des "Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft" und Gustav Stein, stellv. Geschäftsführer des "Bundesverbandes der Deutschen Industrie".

Diese Herren gründeten 1954 die "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V." in Köln, die "der Förderung des demokratischen Staatswesens in der Bundesrepublik" und der "Zusammenarbeit mit Vereinigungen und Gruppen" dienen sollte, "die gleichartige staatspolitische Ziele verfolgen". Mit anderen Worten heisst das, dass diese "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V." den Parteien die Millionenbeträge der Wirtschaft für ihre Wahlzwecke zur Verfügung stellt, die nach ihrer Überzeugung versprechen, auch ihre Interessen zu vertreten. Um das Geldaufkommen zu steigern, hat bekanntlich die CDU/CSU Ende 1954 die Aufnahme einer Bestimmung in die Einkommen- und Körperschaftssteuergesetze durchgesetzt, die die Steuerfreiheit für Spenden an politische Parteien vorsieht. Eine Verordnung der Bundesregierung vom 27. Februar 1956 bestimmt, dass auch Spenden, die an die "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V." geleistet werden, steuerfrei sind.

Die Verbände der Wirtschaft, deren führende Repräsentanten die

genannten Herren sind, haben sich Anfang 1956 zur Aufbringung einer Umlage verpflichtet, um einen Fonds zur Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 1957 anzusammeln. Ihre Mitgliedsfirmen wurden aufgefordert, für je 10 000 DM ihres Jahresumsatzes 1954 einen Betrag von DM -50 und des Umsatzes der Jahre 1955 und 1956 von je DM -.80 für Wahlfinanzierungszwecke abzuführen. Wenn auch nicht alle Firmen der Aufforderung nachkamen, so rechnet man in eingeweihten Kreisen doch mit einem Geldaufkommen von mehr als 60 Mill. DM, von dem hauptsächlich die CDU/CSU profitiert.

Das ist verständlich. Hat diese Partei doch bisher selbst ihre ideologischen Grundsätze verlassen, um nicht den Interessen der grossen Wirtschaftsverbände entgegenhandeln zu müssen. Das beweisen die praktizierte Zoll- und Kartellpolitik, die nichts mehr mit einem "Auspendeln der Preise" zu tun hat, ebenso wie die in Frankfurt angekündigte Steuerpolitik der CDU, die kaum noch in Einklang zu bringen sein dürfte mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der CDU.

Die Wahlentscheidung am 15. September geht demzufolge auch darum, den Spitzenverbänden der Wirtschaft den politischen Einfluss abzunehmen, den sie sich mit dem Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel bisher zu erhalten verstanden, und eine Politik zu verfolgen, die auch wirtschaftlich das Interesse der Allgemeinheit zur Maxime ihres Handelns macht:

\* \* \*

#### Rückkehr Dr. Jagans - Vom Arrestanten zum Ministerpräsidenten

H.E.D. In diesen Tagen feiert ein Mann in der britischen Kolonie Guayana an der nordöstlichen Küste Südamerikas den vielleicht grössten Triumph seines Lebens. Der Zahnarzt und Politiker Dr. Cheddi Jagan ist der Sieger der Wahlen für die gesetzgebende Versammlung, die am 12. August stattfanden. Schon einmal war dem heute 39-jährigen Sohn eines indischen Plantagenarbeiters ein politischer Erfolg beschieden gewesen. 1953 gelang es Jagan und der von ihm mitbegründeten 'Fortschrittlichen Volkspartei', die Mehrheit der 250 000 Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Gestützt auf die Popularität bei der Bevölkerung versuchte er als Chefminister Guayanas, soziale und politische Reformen gegen den Willen des britischen Gouverneurs durchzudrücken. Jedoch 'grand old man' Winston Churchill und die konservative Regierung in London sahen mit Unbehagen die forsche Art, mit der der Zahnarzt Jagan geheiligte Einrichtungen

der Kolonialherrschaft 'anzubohren' begann.

Es konnte nicht verborgen bleiben, dass die recht bescheiden ausgestattete Selbstverwaltungsakte der Krone sich in den schlanken braunen Händen Cheddís zu einer beachtlichen politischen Waffe auswirkte. Weiterhin war die ideologische Vergangenheit von Mrs. Janet Jagan, der ehemaligen amerikanischen Krankenschwester vom Cook County Krankenhaus, nicht dazu angetan, das Vertrauen der Tories in Georgetown zum Ehepaar zu verstärken. Denn mit gelindem Schauer erinnerten sich die englischen Ladies in Guayana des Jahres 1945, da Janet, frisch aus den Staaten kommend und angefüllt mit den Ideen der linken "New Dealer", die erste politische Frauengeneration des Landes gründete. Bald zählten die Frauen und Mädchen der indischen Bevölkerungsgruppe zu ihren ergebensten Anhängerinnen.

Guayana ist eine der rückständigsten britischen Niederlassungen. Obwohl sich im Hinterland nach Schätzungen der Geologen reiche Vorkommen an Bauxit, Kupfer, Öl, Eisen und Zinn befinden, sind bis auf den heutigen Tag von London keine Versuche unternommen worden, eine wirtschaftliche Gesundung in die Wege zu leiten. Die Bevölkerung setzt sich aus Indern, Malayen, Chinesen, Negern und Mischlingen zusammen; ihre Gesamtzahl beträgt eine knappe halbe Million. 80 % der Einwohner kann weder lesen noch schreiben; die sozialen Bedingungen sind sehr schlecht, trotz eines in den letzten Jahren spürbaren Bemühens, wenigstens die hygienischen Verhältnisse etwas zu bessern. Kein Wunder also, dass die soziale und politische Agitation Cheddís und Janet Jagans auf fruchtbarem Boden fielen. Aber der erste Anlauf misslang. Als der junge Zahnarzt es wagte, gerade sechs Monate Minister, die Anerkennung der einheimischen Gewerkschaft durch die weissen Unternehmer zu ertrotzen, war es soweit. London hob die Verfassung auf, setzte Jagan und sein Kabinett ab, und landete Truppen in Guayana. Auch Jagan schien dem Schicksal zu unterliegen, das die meisten farbigen Politiker, die Selbstverwaltung und nationale Freiheit ihres Landes erstreben, so oft getroffen hat. Verhaftung, Arrest, Deportation. Aber das gleiche Schicksal wollte es, dass sie zumeist letzten Endes siegten.

Mkumah, heute Premier Ghanas, wurde einst aus dem Gefängnis heraus zum Ministerpräsidenten der Goldküste berufen. Habib Bourgiba, der Staatschef des neuen Tunesiens, stand auf der Kopfreisliste der Franzosen. Pandit Nehru, der unbestrittene Kopf der erwachenden asiatischen Welt, verbrachte sein politisches Leben mehr im Gefängnis als in der Freiheit. Am 13. August 1957 bat der Gouverneur des Kolonie Guayana um den Besuch des Mannes, den London für immer vergessen glaubte. Jagan soll die neue Regierung in Georgetown zusammenstellen. Denn neun der vierzehn Sitze der Versammlung waren seiner Partei zugefallen. \* \* \* - 5 -

Die Preisschraube - ein Warnungszeichen

Von Irma Keilhack, MdB

Der Bundeskanzler, Herr Prof. Erhard und die CDU/CSU bemühen sich in diesen Wahlwochen heftig, den Wählern den Sinn des 15. September zu vernebeln. - Das Christentum wie die Mitteldeutschlandreise von Herrn Chruschtschow müssen herhalten, um Adenauers Fehlleistungen in acht Jahren Regierung zu vertuschen und abzulenken von der wirklichen Wahl-Entscheidung.

Eine davon ist die zukünftige Preispolitik. Die dauernden Preissteigerungen haben eine so grosse Unruhe in der Bevölkerung ausgelöst, dass auch der Regierung nicht mehr ganz wohl dabei ist. Zunächst versuchte sie jedoch die Schuld auf die Hausfrauen zu schieben, der sie Wahllosigkeit beim Einkauf oder zu hohe Ansprüche vorwarf. Dann suchte Herr Erhard sein Glück in Zeitungsannoncen, in welchen er den Konsumenten vorwarf, dass sie einem "Tanz ums goldene Kalb" und dem "Götzen Lebensstandard" verfallen seien. Die Preise stiegen inzwischen munter weiter und es sprach sich dann auch in der Regierung herum, dass die Verbraucher nicht so blind sind, wie es von ihnen vermutet wurde.

Jetzt versucht die Regierung durch kleine Massnahmen, die den Produzenten nichts nehmen und den Konsumenten nichts geben, die Beunruhigung über die Preissteigerungen aufzufangen.

Sie kündigt Zollsenkungen an. Diese Forderung ist bereits Jahr um Jahr in vielen Parlamentsdebatten von der SPD gestellt worden. Eine grössere Einfuhr billigerer Auslandswaren hat jedoch nur Sinn, wenn sie nicht durch hohe Zölle wieder verteuert wird. Herr Schäffer will aber auf seine Einnahmen nicht verzichten. Genau so klar war es von vornherein, dass auch die Agrarzölle nicht gesenkt werden würden. Was blieb also noch? Eine Senkung des Zolls für gewerbliche Waren. Die SPD hatte eine Senkung um 40 % vorgeschlagen, weil sie sich nur dann im Verkaufspreis auswirken würde. Herr Erhard plädierte für 30 %. Die Regierung bewilligte 25 %. Das wird beim Konsumenten schon nicht mehr zu merken sein. - Trotzdem aber machte sich die Industrie auf und klopfte an die Türen

von Herrn Erhard und ein bisschen lauter noch bei Herrn Adenauer. Schließlich hatte man ja die 100 Millionen Wahlgelder nicht umsonst für die CDU/CSU und andere Regierungsparteien gespendet. Es lohnte sich. Man erreichte eine Herausnahme von 120 Zollpositionen aus dem Ermässigungskatalog, wovon die Industriegruppen Bau, Chemie, Textil und Leder profitierten. - Der Verbraucher hatte wieder einmal das Nachsehen und kann ablesen, welches Gewicht seine Sorgen bei der Adenauer-Regierung haben.

Der neuesten Schlagerei hat sich Herr Adenauer mit der angekündigten Zollsenkung für Obst-Einfuhren ausgedacht. Mit dem heute durchschnittlichen Monatseinkommen von rd. 375.-- DM kann sich keine Familie mit Kindern und erst recht kein Kinderheim frisches Obst mehr leisten. Der Obst-Zoll soll also nicht mehr tabu sein. Bundesfinanzminister Schäffer fand zwar, dass er auch diesen Einnahmeausfall von 30 Millionen nicht verantworten könne. (Wir haben bisher nicht gehört, dass er etwas ähnliches bei dem Riesenbetrag für die Wiederaufrüstung von jährlich 9 Milliarden DM bemerkte). Er musste sich beugen. Die Obstimporte erfolgen viel zu spät und sind kaum wirkungsvoll. Das Bundesernährungsministerium hätte bereits vor Monaten die Sperrfristen und Mengenbegrenzungen für Obst-Einfuhren korrigieren müssen, um damit rechtzeitige Handelsvertragsabschlüsse auf der Basis der üblichen Preisvereinbarungen zu ermöglichen. Seit Monaten weiss der Minister durch "Ernteschätzungen", dass die einheimische Obsterzeugung zu knapp würde, um ein ausreichendes Angebot und ein angemessenen Preis zu sichern. Er rührte sich nicht und erklärte auch jetzt noch in einer Pressekonferenz, dass man doch die deutschen Obstbauern nicht dem "Risiko eines Preiszusammenbruchs" aussetzen konnte. Das war die Begründung für das Versagen der Regierung den Konsumenten gegenüber. Wo hat der Ernährungsminister jemals erklärt, man könnte die Verbraucher nicht dem Risiko der dauernden Preisvertenerungen aussetzen? Das alles macht deutlicher als alle Tiraden, dass der Konsument bei dieser Regierung keinen Schutz finden kann.

Diese Begebenheit reiht sich würdig an Erhards Kniefall vor den Lobbyisten-Wünschen der Industrie, an die Paterlosigkeit der Regierung gegenüber dem Preiswucher vieler Markenartikel-Firmen und an die Handhabung der Preispolitik bei Fleisch, Butter und anderen lebenswichtigen Nahrungsgütern. In all diesen Fällen wagte der Bundeskanzler nicht einmal mehr die übliche Beschuldigung, die steigenden Löhne seien die Ursache. Der Pferdefuss der schlechten Preispolitik der Adenauer-Regierung guckt eben überall schon allzusehr heraus.

Die Wähler sehen es, das ist eindeutig festzustellen. Alle Ablenkungsmanöver der CDU/CSU werden nichts mehr daran ändern.

## Verletzte Treuepflicht des Staates

sp - Monate und Jahre sind bereits ins Land gegangen, ohne dass die Bundesregierung es bisher für nötig gefunden hat, den Fall des Ministerialrats Dr. Strack, dem ein geradezu himmelschreiendes Unrecht zugefügt worden ist, bereinigt hat.

Die Züge und Winkelzüge in diesem Verfahren sind im einzelnen nicht zu schildern, da man dazu ein ganzes Buch benötigen würde. Tatsache jedoch ist, dass Staatssekretär Hallstein und Botschafter Blankenhorn diesen Beamten grundlos verdächtigt haben. Wie sehr sie sich heute im Unrecht fühlen, dürfte allein daraus hervorgehen, dass sie in dem anhängenden Strafverfahren, das Dr. Strack in die Wege leiten musste, da sein Dienstherr ihn nicht schützte, von den Anwesenheitsbestimmungen Gebrauch machen wollen.

Neben der strafrechtlichen Seite gibt es aber noch eine disziplinarrechtliche. Auch hier hat die Bundesregierung als Dienstherr ihre Pflichten sträflich vernachlässigt, offensichtlich, da es sich bei Hallstein und Blankenhorn um treue Parteigänger des Bundeskanzlers handelt, die man nicht bloßstellen will.

Trotzdem ist nach sozialdemokratischer Auffassung die Bundesregierung verpflichtet, das Verhalten dieser beiden hohen Beamten disziplinar zu untersuchen und zu ahnden, da es sich um einen schwerwiegenden Verstoss gegen ihre beamtenrechtlichen Pflichten handelt, und durch das bisherige Schweigen der Bundesregierung zu diesen Vorkommnissen das Vertrauen in die Sauberkeit der Bundesverwaltung ganz allgemein auf das schwerste erschüttert worden ist. Die Bundesregierung muss deshalb gefragt werden:

1. Beabsichtigt sie, und vor allem der Bundeskanzler, gegen Staatssekretär Hallstein und Botschafter Blankenhorn Schritte einzuleiten angesichts der Tatsache, dass der zuständige Dienstvorgesetzte, Aussenminister Dr. von Brentano, es offenbar nicht für nötig hält, gegen diese beiden Beamten dienststrafrechtliche Massnahmen einzuleiten?
2. Welche Schritte sollen nach Auffassung der Bundesregierung und des Bundeskanzlers unternommen werden, um die gegen Staatssekretär Hallstein und Botschafter Blankenhorn erhobenen Vorwürfe klären zu lassen?
3. Was gedenkt die Bundesregierung und insbesondere wieder der Bundeskanzler zu tun, um durch die unumgängliche und gerechtfertigte Rehabilitierung des Ministerialrats Dr. Strack das Vertrauen in die Fürsorgepflicht des Bundes gegenüber seinen Beamten wiederherzustellen?

Diese Fragen werden nicht zum ersten Male in der Öffentlichkeit gestellt. Die FDP beispielsweise hat durch eine Serie kleiner Anfragen versucht, die Bundesregierung zur Einsicht zu bringen. Die FDP hat immer wieder nur ausweichende und zum Teil sogar schnoddrige Antworten bekommen. Der Deutsche Beamtenbund, dessen Vorsitzender der CDU-Abgeordnete Angelo Kramel ist, hat versucht, durch persönliche Schreiben an Dr. Adenauer Klarheit zu schaffen. Es ist nicht gelungen!

Wenn sich die Opposition jetzt entschliesst, diese Fragen erneut

zu stellen, dann dürfte das beweisen, dass es auf die Dauer nicht mehr engängig ist, dass man Beamtenrecht Beamtenrecht sein lässt, wenn es sich um hohe Parteigänger Dr. Adenauers handelt. Hier geht es einfach um die Grundsätze von Treu und Glauben. Der Staat verlangt von seinen Beamten Treue. Ebenso hat er aber eine Treuepflicht gegenüber seinen Beamten, die er im Falle Strack sträflich vernachlässigt hat. Es muss dem Menschen Strack Gerechtigkeit widerfahren, aber es gilt auch, die Prinzipien zu wahren, die für einen demokratischen Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit sein sollten.

### \* \* \*

#### Festgefahrenes Gespräch

sp- Zum zweiten Male innerhalb einiger Tage wurde der bundesrepublikanische Verhandlungsleiter bei den deutsch-russischen Verhandlungen, Botschafter Lehr, von Bonn zur Berichterstattung zurückbeordert. Wieder hat sich die Repatriierungsfrage als ein noch nicht zu beseitigender Bremsklotz für den Fortgang der Gespräche erwiesen. Moskau legt Wert auf deutsche Warenlieferungen, Bonn legt Wert auf die Rückkehr rückkehrwilliger Deutscher.

Die Russen sind zähe Verhandlungspartner, sie reagieren mit der Waffe der Geduld. Die Frage taucht auf, ob die bundesrepublikanische Verhandlungsdelegation diplomatisch immer geschickt vorgegangen ist. Sollte sie sich nicht ein Beispiel an den chinesisch-amerikanischen Verhandlungen nehmen? Auch hier geht es um das Schicksal von Menschen. Die Amerikaner, ob ihrer Robustheit doch bekannt, hüten sich, die nun zwei Jahre andauernden Genfer Gespräche mit China abklingen zu lassen, weil sie wissen, dass sie früher oder später doch wieder mit Peking verhandeln werden müssen. Bei uns hört man Stimmen der Ungeduld und der Herausforderung; weil es nicht so schnell geht, wie man es sich wünschte, wird gleich behauptet, man könne mit den Russen überhaupt nicht verhandeln. Es habe keinen Sinn.

Es mag sein, dass der schloppende Gang der Londoner Abrüstungsgepräche die Moskauer Haltung wesentlich beeinflusst hat, wobei noch ein falsch verstandenes Prestigebedürfnis Borns als verschärfendes Element hinzukommt. Offensichtlich liegt Bonn sehr viel an der Unterstreichung der These, man könne bei den Russen viel herausholen, wenn man nur mit der nötigen Furcht und Kaltschneuzigkeit auftrete, eine These allerdings, die durch die Entwicklung der letzten Jahre vor aller Augen widerlegt werden ist. Das starre Festhalten an einer solchen die Mentalität des Kalten Krieges widerspiegelnden These muss zu Reibungen und zu unnötiger Verschärfung führen; in der Lage, wie sie jetzt besteht, ist sie nur geeignet, Bonn als internationalen Störenfried erscheinen zu lassen. Ist das die Absicht der Sowjetunion? Wenn sie das ist, dann hat die deutsche Verhandlungsdelegation nicht gerade viel Phantasie aufgebracht, um sie zu durchkreuzen.

Gibt es in der Bonner Regierung Strömungen, denen ein Zusammenbruch der Moskauer Verhandlungen einige Wochen vor den Wahlen sehr willkommen wäre? Ihnen geht es offenbar nicht um die Menschen, ihnen geht es um ein falsches Prestige und um den Nachweis, die Russen seien von Natur aus der Deutschen Todfeind. Innenpolitisch mag eine solche Spekulation hier und da aufgehen, aussenpolitisch aber richtet sie unübersehbar Schaden an.

Für die betreffenden Menschen aber bedeutet sie die Verlängerung ihrer Leiden und ein neues Glied in der Kette schwerer Enttäuschungen. Sie erwarten und haben Anspruch auf Menschlichkeit. Sollte dieses Gebot nicht allen Verhandlungspartnern Richtschnur sein?

\* \* \*

----- Verantwortlich: Günter Markscheffel